«Alles andere als eine Erhöhung geht nicht»

Nach jahrelangen Nullrunden verlangen die Beschäftigten, die im Sold des Kantons Solothurn stehen, mehr Lohn. Entsprechende Forderungen dürften bereits am Angestelltentag von heute Mittwoch laut werden. Die wichtigsten Fragen und Antworten dazu.

Christof Ramser

1 Warum fordern die Staatsangestellten mehr Lohn?

Es gibt verschiedene Gründe. Begehrlichkeiten weckt sicherlich die gute Staatsrechnung. 2021 bilanzierte der Kanton einen Überschuss von 82,5 Millionen Franken, die Rechnung schloss 104 Millionen besser ab als budgetiert. Finanzdirektor Peter Hodel sprach bei der Präsentation Ende März von einem «sehr erfreulichen» Abschluss.

Vor allen Dingen führt Mirco Müller, Präsident des Staatspersonalverbands, die «massive Teuerung» von zuletzt gegen drei Prozent ins Feld. Die letzte Reallohnerhöhung für die Kantonsangestellten sei 2009 gewährt worden, 2019 gab es einen Teuerungsausgleich von einem Prozent. Nach zwei Jahren Pandemie, in denen die Wirtschaft verständlicherweise mit öffentlichen Geldern gestützt worden sei und das Staatspersonal eine hohe Flexibilität an den Tag gelegt, sich solidarisch gezeigt und die Politik gestützt habe, müsse dies nun auch honoriert werden.

Nicht zuletzt betonen die Gewerkschaften den Fachkräftemangel. Nachdem Lohnerhöhungen in Nachbarkantonen die Saläre der Solothurner Lehrerschaft unter Druck setzten, hatte der Solothurner Lehrerinnen- und Lehrerverband (LSO) bereits im Mai die Forderung nach mehr Lohn deponiert. Aber auch technische Berufe, die Verwaltung oder die Polizei bekunden laut Müller Mühe, qualifiziertes Personal zu finden. Selber arbeitet der Notar als Registerführer im kantonalen Handelsregisteramt.

2 Wie viel Prozent mehr Lohn fordern sie?

Das steht noch nicht fest. Derzeit besprechen die Personalverbände sowie die Regierung den Ablauf der Verhandlungen. Bevor nach den Sommerferien voraussichtlich die Lohnrunde beginnt, wollen sich die involvierten Gewerkschaften, also Staatspersonalverband, LSO, VPOD (öffentliche Dienste), VSAO (Assistenz- und Oberärzte) sowie SBK (Pflegefachpersonal) auf eine gemeinsame Forderung einigen.

Für Mirco Müller steht nach mehreren Nullrunden fest: «Alles andere als eine substanzielle Lohnerhöhung geht nicht.» Er erwähnt unter anderem Pikett- oder Inkonvenienzentschädigungen, die etwa für Wegmacher, Polizistinnen oder Spitalangestellte elementare Lohnbestandteile und seit Inkraftsetzung des Gesamtarbeitsvertrags (GAV) nie angepasst worden seien. Wolle der Kanton Solothurn konkurrenzfähig bleiben und sowohl junge Leute ansprechen als auch erfahrenes Personal nicht verlieren, müsse er punkto Saläre «innovative Lösungen anbieten».

3 Wie funktioniert das Lohnsystem im Kanton?

Dies regelt im Kanton Solothurn der GAV, der für sämtliche Angestellten gilt. Laut Mirco Müller ist das in diesem Umfang in der Schweiz einmalig. Zum Grundlohn kommen ein Erfahrungsanteil sowie ein Leistungsbonus, die beide von der Jahresbeurteilung abhängig sind. Wie diese Zeitung jüngst berichtete, kommen 98 Prozent der Kantonsangestellten Jahr für Jahr in den Genuss eines Leistungsbonus.

Das Lohnsystem der Kantonsverwaltung ist über 30 Jahre alt. Laut Urs Hammel, dem Leiter des kantonalen Personalamts, beinhaltet es im Vergleich mit anderen Systemen weniger Flexibilität, was auch von Vorgesetzten teilweise kritisiert werde. Der Regierungsrat will das System nun überprüfen. Das hat er als Schwerpunkt in den Legislaturzielen festgeschrieben. Der Bedarf ergebe sich auch aus der jüngsten Mitarbeitendenbefragung von 2018.

Dort zeigten sich übrigens 82 Prozent als «eher bis sehr zufrieden» mit ihrer Arbeitssituation. In Sachen Entlöhnung fiel das Urteil der Befragten aber etwas nüchterner aus als die Gesamtzufriedenheit, insbesondere im Vergleich mit anderen Arbeitgebenden. Bis Ende 2024 soll feststehen, ob das Lohnsystem den aktuellen Anforderungen genügt, ob es angepasst oder gar totalrevidiert werden muss. Dazu müssen unter Umständen das Gesetz über das Staatspersonal und der Gesamtarbeitsvertrag angepasst werden.

Der Präsident des Staatspersonalverbands will sich gegen diese Überprüfung nicht stemmen. «Aber wir müssen vor allem die Vorteile in die Waagschale legen», sagt Müller. Der bestehende GAV sei ein «Paradebeispiel eines einvernehmlichen und schnellen Verfahrens», fördere dank fixer Lohnklassen Rechtsgleichheit und Transparenz und verhindere Willkür.

4 Welche Bedeutung hat der Angestelltentag?

Oft rühmt sich der Kanton Solothurn selber für seine schlanke Verwaltung, zu der im weiteren Sinn auch die Spitäler und Schulen gehören. Dennoch stehen Tausende in seinem Sold. Alleine die Zahl von rund 4000 Personen, die im Staatspersonalverband organisiert sind, beeindruckt. Für sie wird einmal im Jahr der Angestelltentag durchgeführt, heuer zum 18. Mal. Aber laut Mirco Müller nicht nur: «Auch jene, die nicht Mitglied in einem der fünf Verbände sind, dürfen kommen.» 230 Interessierte haben sich bereits angemeldet, zahlreiche dürften noch spontan dazukommen.

Jedes Jahr referieren Fachleute zu einem Thema, das die Angestellten stark beschäftigt. Heuer sind dies die Löhne. Ständerat Pirmin Bischof, der als Sekretär des Staatspersonalverbands fungiert, beleuchtet die Funktionsweise des heutigen Lohnsystems, Regierungsrat Peter Hodel gibt Einblick in die Zukunft der Löhne. Nicht zuletzt sollen sich die Kantonsangestellten austauschen und per Mikrofon im Saal ihre Meinungen äussern: «Sie sollen mitteilen, was sie beschäftigt», sagt Mirco Müller. «Einfach die Faust im Sack zu machen, nützt niemandem etwas.»

Mirco Müller ist Registerführer im kantonalen Handelsregisteramt. Der Notar präsidiert den Solothurner Staatspersonalverband seit 2019. Bild: Tom Ulrich

SP will Auskunft zum Pendenzenberg bei der Ausgleichskasse

Wer Ergänzungsleistungen beantragt, muss im Kanton teils über Gebühr warten. Die SP fragt nun, ob die Führung der Kasse funktioniert.

Erneut gibt es bei der Solothurner Ausgleichskasse einen Pendenzenberg. Wer ein Gesuch um Ergänzungsleistungen einreicht, muss teilweise mehrere Monate auf die Erledigung warten. Ende 2021 waren 351 von 666 hängigen Gesuchen älter als drei Monate – und somit älter als vom Bund erlaubt. Dies machte diese Zeitung im Mai publik.

Die Folgen für die Betroffenen: Teilweise schmilzt ihr bescheidenes Vermögen; oder sie wenden sich an die Sozialhilfe. Und auch bei der Rückerstattung von Krankheitskostenabrechnungen hapert es beim Sozialwerk: Auch hier ist man zum Teil in Verzug.

«Willkürliche und intransparente Abläufe»

Bisher hatte die Ausgleichskasse dies mit Personalausfällen, unvollständig eingereichten Gesuchen und Informatikschwierigkeiten erklärt. Doch jetzt muss sie genauere Fragen beantworten. Denn nun kommt das Thema auf das politische Parkett. Am Mittwoch ist die SP im Kantonsrat aktiv geworden. Kantonsrätin Karin Kälin (Rodersdorf) befürchtet nicht nur «gravierende finanzielle, emotionale und soziale Belastungen» bei den Betroffenen. Sie fragt auch: «Ist die strategische Führung der Ausgleichskasse Solothurn überfordert?»

> «Ist die strategische Führung der Ausgleichskasse Solothurn überfordert?»
>
> **Karin Kälin**
> SP-Kantonsrätin

Kälin spricht nicht nur von der «erdrückenden Pendenzenlast». Sie vermutet auch «willkürliche und intransparente Prozessabläufe» bei der Kasse. Wissen möchte Kälin zudem, was die Kasse unternimmt, «um die Personalproblematik zu analysieren und von Grund auf zu lösen?» Solche Fragen muss der Regierungsrat nun beantworten.

Indirekte Kritik an Wyss und dem Verwaltungsrat?

Erklärt haben will Kälin von der zuständigen Regierungsrätin Brigit Wyss (Grüne) auch, wie die Personalsituation im Vergleich zu anderen Kantonen ist, wie sich das neue Informatiksystem auswirkt. Nicht zuletzt hinterfragt die SP, ob der Verwaltungsrat noch richtig besetzt ist.

In diesem sitzen unter anderem frühere Kantonsräte. Es gibt Mitglieder im Verwaltungsrat, die bereits aktiv waren, als es Mitte der 2010er-Jahre unter der damaligen Regierungsrätin Esther Gassler bereits ein erstes Mal zu einem Pendenzenberg bei der Ausgleichskasse gekommen war. «Verfügen diese über die geeigneten Voraussetzungen und Fachkompetenzen zur Erfüllung dieses Mandats?», fragt die SP, die offensichtlich mit der strategischen Führung der Kasse nicht besonders glücklich ist. Vergleichbare und wiederholte Pendenzen sind aus anderen Kantonen nicht bekannt geworden. *(lfh)*